

Kiel, den 04. Oktober 2010

Schriftliche Zusammenfassung des vorgetragenen Eingangsstatements von Dr. Werner Marnette

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank am 04. Oktober 2010 in Kiel

Sehr geehrte Damen und Herren des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, sehr geehrte Anwesende und Gäste,

ich bin gerne bereit, heute dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Thema HSH Nordbank Rede und Antwort zu stehen. Und ich hoffe, Sie bei Ihrer schwierigen Aufgabe unterstützen zu können.

Wir befassen uns heute leider nur mit vergangenen Vorgängen, die zur Lösung der immer noch schwebenden HSH-Krise kaum beitragen können. Dies hat aus meiner Sicht dennoch Sinn, wenn die richtigen Lehren für die Zukunft gewonnen werden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können.

Bei meinen heutigen Ausführungen und Antworten stütze ich mich im Wesentlichen auf eigene schriftliche Aufzeichnungen und Dokumentationen, die ich während meiner Tätigkeit als Beiratsvorsitzender der HSH Nordbank bzw. als Mitglied der schleswig-holsteinischen Landesregierung angefertigt habe.

Seit Herbst 2008 hatte ich Zweifel daran, dass der Finanzminister Schleswig-Holsteins und der Ministerpräsident in der Angelegenheit HSH gegenüber der Landesregierung, aber auch gegenüber dem Parlament, mit offenen Karten spielten. Aus diesem Grunde habe ich sehr sorgfältige Aufzeichnungen angefertigt.

Denn für unser Land war und ist die HSH Nordbank nach meiner Beurteilung weiterhin existenzbedrohend, wenn man sich die Dimensionen vergegenwärtigt.

Die Bank hat heute immer noch eine Bilanzsumme von knapp 180 Milliarden Euro und ein Risikopotenzial von über 70 Milliarden, darin knapp 20 Milliarden risikoreiches Kreditersatzgeschäft. Das

Risikopotenzial macht fast das 4-fache der Haushalte Schleswig-Holsteins und Hamburgs aus. Damit ist klar: Beide Bundesländer können alleine wegen ihrer bereits bestehenden hohen Schuldenlast diese Bank nicht retten, wenn aus diesen Risiken tatsächliche Belastungen werden sollten. Schleswig-Holstein würde in allen öffentlichen Bereichen, d.h. auch bei Schulen und bei Universitäten, handlungsunfähig werden. Die dringend notwendigen Sparmaßnahmen, die zurzeit diskutiert werden, würden obsolet.

Eine neue Kapitalspritze des Landes für die HSH, d.h. über die bereits in 2009 gewährten ca. 3 Mrd. € hinaus, wäre m.E. längst schon wieder erforderlich gewesen. Doch dies wurde vertuscht, weil in 2008, 2009 und auch im laufenden Geschäftsjahr m.E. Bilanzbestandteile, die eigentlich wertberichtigt oder abgeschrieben werden müssten, noch als werthaltig eingestuft wurden.

Oder vereinfacht: Vermögensbestandteile der Bank wurden m.E. zu hoch bewertet und die Schulden zu gering.

Die Dimension derartiger Wertermittlungen ist erschreckend: So enthielt die Bilanz der HSH im Jahre 2008 Finanzinstrumente in Höhe ca. 55 Mrd. €. Nur ca. 9 Mrd. € davon wurden auf einem aktiven Markt gehandelt und verfügten über einen realen Wert. Etwa 44 Mrd. € wurden durch den Vergleich mit ähnlichen Produkten bewertet. Etwa 2 Mrd. € wurden durch finanzmathematische Methoden ermittelt und bewertet. D.h. ca. 46 Mrd. € wurden nicht mehr auf einem aktiven Markt gehandelt und beruhten auf den subjektiven Annahmen des Vorstands der HSH. Aus dieser Position resultieren erhebliche Verlustrisiken durch zukünftig erforderliche Wertberichtigungen.

Deshalb bleibe ich auch weiterhin bei meiner Forderung, dass die HSH Nordbank dem Bund, d.h. dem für solche Risiken eigens gegründeten SoFFin, unterstellt werden muss. Die Gelegenheit dafür hätte es bereits im Oktober 2008 gegeben. Die Finanzminister Wiegard und Freytag (Hamburg) hatten allerdings gegenüber der Bundesregierung die Botschaft ausgegeben, die Länder könnten die Rettung der Bank alleine verkraften. Eine fatale Fehlentscheidung.

Ich vermag nicht den grundsätzlichen Unterschied zum Sanierungsfall HRE erkennen, außer dass sich dort die Privatbanken als Besitzer erfolgreich dagegen wehren, Belastungen aus diesem Institut zu übernehmen. Aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen glauben die Landesregierungen in Kiel und in Hamburg offenbar immer noch an die Zukunftsfähigkeit der HSH.

Mit dieser Einschätzung bin ich im Übrigen nicht alleine und kann u.a. auch auf Aussagen unseres ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des ehemaligen Bundesfinanzministers Peer Steinbrück verweisen.

Erst am 19. April 2010 äußerten sich beide Finanzfachleute sehr kritisch über die Landesbanken, speziell über die HSH Nordbank.

Anders als in den USA machte allerdings Helmut Schmidt für das Desaster nicht die persönliche Habgier der Manager verantwortlich, sondern eher den Größenwahn, das Geltungsbedürfnis und die Leichtfertigkeit der Eigner, der Aufsichtsräte, der Vorstände, der Wirtschaftsprüfer und der Finanzaufsicht. Dies kann ich nach meinen Erfahrungen in der Landesregierung nur unterstreichen.

Der ehemalige Bundeskanzler hat m.E. hiermit den Kern getroffen. Dies erklärt für mich auch, dass die Verantwortlichen kein Interesse an Transparenz und objektiver Aufklärung weder in der Vergangenheit noch heute haben.

In der jetzigen Verfassung sprach der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück den Landesbanken mehrheitlich die Existenzberechtigung ab. Bei fünf Landesbanken sah er noch systemische Risiken schlummern. Bei der HSH Nordbank sah er ebenfalls konkret die Gefahr, dass noch einmal Kapital zugeschossen werden müsse.

Der kürzlich veröffentlichte Bericht über das erste Halbjahr 2010 der HSH bestätigt meine Befürchtungen über den tatsächlichen Zustand der Bank:

Der Ertrag des Basisgeschäfts war im Vergleich zum Vorjahr um ca. 594 Mio. € (minus 48 %) gesunken, gleichzeitig wurde m.E. leichtfertig die Risikovorsorge um ca. 888 Mio.€ (minus 74 %) verringert. Und daraus wurde eine Ergebnisverbesserung um plus 71 % quasi gezaubert.

Ich habe Zweifel an dem Konzept, die HSH in eine Kernbank und in eine Abbaubank aufzuteilen. Die sogenannte Kernbank ist aus meiner Sicht nicht überlebensfähig, weil sie ein Geschäftsmodell hat, das möglicherweise bei einer Erholung des Schifffahrtsbereiches und vielleicht noch im deutschen Immobilienbereich ein gesundes Bein, ansonsten aber kein Differenzierungsmerkmal hat gegenüber jeglicher anderen Bank.

Es besteht daher m. E. das Risiko, dass wir eine Kernbank haben, die alleine nicht überlebensfähig ist und die von anderen Banken übernommen wird.

Auf der anderen Seite werden wir das verwaltete Desaster – den Finanzmüll – haben. Dies ist die Abbaubank/Bad Bank oder hanseatisch vornehm die Restrukturierungseinheit. Dort werden alle schlechten Assets mit einer Gesamtsumme von ca. 70 Mrd. € enthalten sein. Auf einem erheblichen Teil werden wir, die Bürgerinnen und Bürger, sitzen bleiben.

Ich komme jetzt zur der Fragestellung, wie es aus meiner Sicht zu diesem Desaster kommen konnte und welche politischen, unternehmerischen und gesellschaftsrechtlichen Fehler gemacht worden sind.

Um dies richtig und möglichst vollständig erklären zu können, werde ich zunächst die Entwicklung der Bank – und die dort bereits sehr frühzeitig getätigten Risikogeschäfte – erörtern.

Dies ist wichtig, um zu verstehen, dass Lehman Bros. im Herbst 2008 nicht alleine zum HSH-Chaos geführt hat. Vielmehr gab es bereits in den Jahren vorher dramatische Probleme dadurch, dass die Bank mit den politisch gewünschten globalen Bankgeschäften völlig überfordert war.

Da die Fehler bereits vor der Finanzkrise gemacht worden sind, war der Zusammenbruch von Lehman Bros. u.a. auch für die Landesregierung von Schleswig-Holstein fast ein willkommenes Ereignis - als Alibi für alle politischen Fehler vor der Finanzkrise.

Lehman Bros. wurde daher vom Ministerpräsidenten, vom Finanzminister und vom Aufsichtsrat als eine Art Generalbereinigung für alle vorherigen Fehler genutzt.

Von 1996 bis 2003 war ich Aufsichtsratsmitglied der Hamburgischen Landesbank. Nach der Fusion der beiden Landesbanken hatte ich vom 27. Oktober 2004 bis zum 12. Juni 2008 den Vorsitz des Beirats der HSH Nordbank übernommen.

Dieser Beirat war kein gesellschaftsrechtliches Organ der Bank und erhielt damit im Vergleich zum Aufsichtsrat nur sehr limitierte und stark aggregierte Informationen durch den Vorstand. Der Beirat tagte zu dem lediglich zweimal pro Jahr.

Dennoch habe ich als Beiratsvorsitzender, wie auch meine Kolleginnen und Kollegen im Beirat, die Entwicklung der Bank immer sehr intensiv und kritisch verfolgt. Auch hatte ich persönlich stets gute und direkte Verbindungen in das Umfeld der Bank. Ich war daher über die Entwicklung der Bank bis zu meinem Eintritt in die Landesregierung am 09. Juli 2008 vergleichsweise gut informiert.

Als Wirtschaftsminister hatte ich, außer der generellen Verantwortung für das Land als Regierungsmitglied, keine direkte Ressortverantwortung für die HSH Nordbank. Ich habe mich dennoch eingemischt, weil klar war, dass sich jede Fehlentwicklung bei der Bank auch negativ auf die Wirtschaft und die Sparkassen des Landes auswirken würden.

Insofern fühlte ich mich sehr wohl legitimiert und auch verpflichtet, meine Meinung vorzutragen und meine Erfahrungen in Finanz- und Wirtschaftsfragen einzubringen. Hierzu bin ich im Übrigen auch von zahlreichen Abgeordneten des schleswig-holsteinischen Landtages aufgefordert worden.

Dabei bin ich auf den harten Widerstand des Finanzministers, des Aufsichtsratsvorsitzenden und des Vorstandsvorsitzenden der HSH gestoßen. Auch habe ich leider keine Unterstützung durch den Ministerpräsidenten erhalten.

Die Gründe für diese Blockadehaltung, die allen sehr geschadet hat, konnte ich damals nicht nachvollziehen. Aber heute kenne ich die Gründe, insbesondere nachdem ich Einblick in das fast 2000-seitige Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG nehmen konnte. Ich bringe es auf den Punkt: Vieles sollte vertuscht werden.

Im Herbst 2001 führten die Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft zu einer völligen Veränderung der politischen Landschaft in Hamburg.

Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU) übernahm den Vorsitz des Aufsichtsrats der Hamburgischen Landesbank. Mit dem politischen Wechsel in Hamburg und dem hierdurch verursachten personellen Wechsel im Aufsichtsrat veränderten sich nach meiner damaligen Wahrnehmung auch Form und Umgang im Kontrollgremium.

Peiners Strategie war schnell erkennbar: die Bank auf höhere Renditeziele und Dividenden auszurichten und zu privatisieren.

Das Geschäftsjahr 2002 war das letzte eigenständige Jahr der

Hamburgischen Landesbank vor der Fusion. Die Bank schloss dieses in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld mit einem zufriedenstellenden Ergebnis ab. Sie berichtete u.a. wie folgt:

< (...) Im nicht-kundenbezogenen Geschäftsfeld Credit-Investments wurde der Bestand auf 20,7 Mrd € zurückgeführt, ein Minus von 13,7 %, da fällige Positionen nicht immer zu risikoadäquaten Margen ersetzt werden konnten. >

Nach meinem Kenntnisstand wurde somit bereits damals öffentlich bekannt, dass die Hamburgische Landesbank in hohem Umfang im hochspekulativen Kreditersatzgeschäft tätig war.

Auch die Kieler Landesbank hatte hierzu bereits 1999 im Geschäftsbericht folgendes veröffentlicht : < Wie bereits in den Vorjahren war eine der tragenden Ergebnissäulen das Kreditersatzgeschäft. > In den Folgejahren setzte sich diese Strategie konsequent fort.

Dies bestätigte mir am 29. Juni 2002 anlässlich der Kieler Woche das Vorstandsmitglied Dr. Franz Waas, der erst 2001 zur Kieler Landesbank gestoßen war. Er brachte internationale Erfahrung mit und war zuvor bereits auf den Cayman-Islands und in New York tätig gewesen. Beim Ausbau des internationalen Geschäfts der fusionierten Bank spielte er schließlich im Vorstand eine ganz entscheidende Rolle. Da es offenbar zu Meinungsverschiedenheiten in der Risikostrategie der Bank gekommen war, schied Waas bereits Ende 2005 wieder aus.

Er berichtete mir damals: < Er baue die internationalen Kapitalmarktaktivitäten der Kieler Landesbank aus und entwickle strukturierte Produkte und das Kreditersatzgeschäft weiter. Nur mit solchen Geschäftsfeldern könne die Bank rentabel sein und kapitalmarktfähig werden. Wenn die Fusion der beiden Landesbanken vollendet sei, dann gäbe es keine Provinzbank mehr. Mit dem normalen regionalen Kreditgeschäft ließe sich kein Geld verdienen. >

Im Sinne der Internationalisierungs-Strategie wurden die bis 2005 besonders günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten von beiden Landesbanken und nach der Fusion auch von der HSH Nordbank weidlich genutzt. So wurde das risikoreiche Kreditersatzgeschäft weiter aufgebaut, weil man sehr viel Liquidität hatte und diese Liquidität nicht im klassischen Kreditgeschäft unterbringen konnte.

Gleichzeitig wurden gemeinsam von den Anteilseignern, von dem Aufsichtsrat und vom Vorstand die sehr hohe Zielrendite von 15%

vorgegeben, die im normalen Bankgeschäft nicht ansatzweise zu erreichen war.

Nach dem Regierungswechsel 2005 in Schleswig-Holstein und der Übernahme des Aufsichtsratsvorsitz durch Finanzminister Rainer Wiegard konnten die Anteilseigner Hamburg, vor allem Senator Peiner, und Schleswig-Holstein ihre Ziele noch besser durchsetzen.

Ihre Strategie war, die Bank international groß zu machen, sie an die Börse zu bringen, um mit Dividenden und mit dem Börsenerlös die Löcher im Haushalt zu stopfen. Dies war ein positives und legitimes Ziel des schleswig-holsteinischen Finanzministers. Es hätte nur mit Sorgfalt, Ehrlichkeit und auf der Basis des Aktienrechts durchgeführt werden müssen.

Um die bekannten Kernschwächen der HSH zu überwinden und die neue Strategie der Anteilseigner, des Aufsichtsrats und des Vorstands umzusetzen, wurde die Bank geradezu in gewinnträchtige und internationale, aber risikoreiche Geschäfte getrieben. Von denen sie allerdings wenig verstand und auf die sie organisatorisch überhaupt nicht vorbereitet war.

So wurde zum Beispiel die Beteiligung in Luxemburg ausgebaut und es wurden andere Zweckgesellschaften aufgemacht. Innerhalb eines Jahres wuchs die Luxemburger Niederlassung zu einem Unternehmen, das nach meiner Kenntnis hohe zweistellige Milliarden Euro in den Büchern hatte.

Intensiv bediente sich die Bank sogenannter Zweckgesellschaften und anderer Portfolioverwaltungen, die über längere Zeiträume sogar außerhalb der Bilanz geführt wurden. Damit war auch fraglich, ob z.B. die Wertpapiere des Kreditersatzgeschäftes tatsächlich alle in der Bilanz erfasst wurden.

Der Bank muss dabei offenbar die Fähigkeit oder die Bereitschaft zur Einschätzung von Risiken verloren gegangen sein. Alleine schon das Kreditersatzgeschäft musste solche Befürchtungen aufkommen lassen. Wie konnte bei einem Eigenkapital von knapp über 7 Mrd. € das Credit-Investment-Portfolio auf über 30 Mrd. € getrieben werden?

Erst nach seinem Rücktritt als Aufsichtsratsvorsitzender hat dies selbst Senator a.D. Wolfgang Peiner eingeräumt. So am 14. Oktober 2009 bei einem Vortrag vor dem Wirtschaftsrat in Hamburg.

Der richtige „Kick“ ist erst dadurch gekommen, als die Politik mit Flowers einen Privatinvestor in die Bank holte. Damit war die Bank anders strukturiert und anders im Denken. Sie operierte global, interessierte sich eigentlich gar nicht mehr für die regionale Wirtschaft und sollte an die Börse.

In diesem Zuge wurden offensichtlich auch außergewöhnliche Geschäftspraktiken eingeführt, die sogar vom Risikoausschuss – und dies ist das entscheidende Gremium des Aufsichtsrats – gebilligt worden sein sollen.

Es hieß damals sogar, dass der Vorstand der HSH Nordbank in den Jahren 2006 und 2007 beim Ankauf von strukturierten Wertpapieren sein eigenes Risikomanagement übergangen haben soll. Es ging um hohe dreistellige Millionenbeträge bis hin zu einer Milliarde €.

So wurden in den Jahren 2005 und 2007 unter Anwendung des Schnellankaufverfahrens u.a. sogenannte synthetische CDOs erworben, die in starkem Umfang zu den Verlusten der Jahre 2007 und 2008 beigetragen haben.

Heute ist bekannt, dass über diese Praktiken neben dem Aufsichtsrat auch die Bankenaufsicht BaFin informiert gewesen sein musste.

Wurde der Vorstand darauf angesprochen, kam die Replik, wie erfolgreich sich die Bank betätigen würde und welch tolles Rating die Bank inzwischen hätte. Dieses Image pflegte die Bank auch durch ein sehr intensives öffentliches Sponsoring.

Besonders erschwerend war, dass Aufsichtsrat und Vorstand für diese neue operative und strategische Ausrichtung nicht die erforderlichen Strukturen geschaffen hatten, vor allem nicht das adäquate Risikomanagement. Eine zentrale Erfassung und Kontrolle z.B. des Kreditersatzgeschäftes hat es meines Wissens bei der HSH nie gegeben.

In der Papierform, z.B. im jährlichen Risikobericht, wurde dies völlig alles anders dargestellt. So berichteten die Aufsichtsratsvorsitzenden Rainer Wiegand und Wolfgang Peiner im Geschäftsbericht der Bank jährlich regelmäßig, dass der Aufsichtsrat durch den Vorstand stets umfassend informiert worden sei und in der Regel der Risikoausschuss jährlich 7-mal getagt habe.

Hinzu kam eine dramatische Fluktuation im Vorstand. Auch hierfür war

der Aufsichtsrat verantwortlich. Zwischen 2003 und 2008 schieden mehrere Vorstände, darunter auch der Vorstandsvorsitzende Stuhlmann, freiwillig oder unfreiwillig aus und neue kamen hinzu. Eine derartige Unstetigkeit im Vorstand, die sich zwangsläufig auch auf die zweite und andere Führungsebenen auswirkte, ist für eine Bank, die auf Kontinuität setzen muss, absolut tödlich.

Der wirtschaftliche Erfolg der HSH währte u.a. aus den hier geschilderten Gründen nur kurz. Von 2004 bis 2006 wurden jährliche Überschüsse zwischen 127 und 830 Mio. € eingefahren. Dann kam beim Übergang vom Jahr 2006 auf das Jahr 2007 der dramatische Einbruch auf 285 Mio. €.

In 2007 lag das operative Ergebnis nur noch bei 148 Mio. € und war im Vergleich zu 2006 um 1.000 Mio. €, d.h. um 88 %, gefallen.

Peiner, Wiegard, Freytag und auch die Ministerpräsidenten der Länder wollen bis heute offenbar nicht realisieren, dass sich bereits seit Herbst 2007 die Ereignisse förmlich überschlugen. Es wird weiterhin standfest die Alibi-Meinung vertreten, dass nur der Zusammenbruch der Lehman Bros. Mitte September 2008 am Desaster der HSH schuld sei.

Bereits ab August 2007 berichtete die Presse über die negative wirtschaftliche Entwicklung der Bank.

Dennoch tönte der schleswig-holsteinische Finanzminister Wiegard noch kurz vor Ende 2007: < Die Bank ist kerngesund und hat ein ausgezeichnetes Geschäftsmodell. >

Ihm als Aufsichtsratsmitglied war es im Laufe des Jahres offensichtlich nicht aufgefallen, dass sich die Bank krampfhaft durch die Ausweitung ihres Geschäfts gegen einen dramatischen Ergebniseinbruch zu wehren versuchte.

Anfang des Jahres 2008 ist die schwierige wirtschaftliche Lage der HSH Nordbank längst bekannt. Kenner der Bankenlandschaft, aber auch die Verantwortlichen im Aufsichtsrat und im Vorstand der Bank, wissen bereits, dass es im Geschäftsjahr 2007 zu einem erheblichen Ergebniseinbruch gekommen war.

Auch war längst bekannt, dass das Ergebnis durch erhebliche Abschreibungen im Kreditersatzgeschäft belastet sein würde. Die Bank würde deshalb sehr bald eine kräftige Eigenkapitalspritze von den Besitzern benötigen. Der für 2008 geplante Börsengang war bankintern,

d.h. im Aufsichtsrat und im Vorstand, längst in die Welt der Illusion verschoben.

Am Montag, den 28. Januar 2008, berichtete die Presse: < Auch die Hamburger HSH Nordbank steckt im Subprime-Sumpf und sagt ihren Börsengang ab. >

Für Ole von Beust und vor allem für Hamburgs Finanzsenator Freytag war diese Meldung so kurz vor der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft eine Katastrophe. Ich erfuhr damals, dass der Bürgermeister tobte. Er verlangte von seinem Finanzsenator und von dem Aufsichtsratsvorsitzenden der HSH, dass die Meldung sofort dementiert wird. Dies geschah auch, obwohl es eine Lüge war.

Es konnte kein Zufall sein. Knapp 10 Tage nach der Wahl in Hamburg beschloss am Freitag, den 07. März 2008, der Aufsichtsrat der HSH Nordbank, den Börsengang abzusagen.

Im Laufe des März 2008 mehrten sich die Gerüchte, dass die Bank im ersten Quartal sogar einen zweistelligen Verlust gemacht hätte. Tatsächlich wies sie im Quartalsbericht am 20. Juni 2008 einen positiven Überschuss von etwa 81 Mio. € aus, der allerdings erheblich unter dem Wert des Vorjahres von ca. 389 Mio.€ lag. Der Verdacht, dass dieses Ergebnis geschönt war, um die Kapitalerhöhung durch die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein nicht zu gefährden, erhärtete sich im Sommer 2010 erneut nach Pressemitteilungen.

Viel früher, aber spätestens Mitte/Ende 2007 hätten deshalb Aufsichtsrat und Vorstand massiv gegensteuern können und müssen. Doch nichts geschah.

Stattdessen redeten die Finanzminister Wiegard und Freytag sowie der Aufsichtsratsvorsitzende Peiner die Bank schön und lobten weiterhin das einzigartige Geschäftsmodell der HSH.

Am 15. April 2008 hatte mich der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein zu einem persönlichen Gespräch in die Staatskanzlei nach Kiel eingeladen. Es ging um verschiedene Themen. Als Beiratsvorsitzender der HSH Nordbank sprach ich auch die nach meiner Kenntnis dramatisch verschlechterte wirtschaftliche Lage der HSH an. So erklärte ich folgendes: Die letzten öffentlichen Erklärungen von Berger gäben die Wahrheit leider nicht richtig wieder. Der Börsengang hätte schon viel früher abgesagt werden müssen. Nach meinem Wissen lägen die Ursachen für die Entwicklung nicht nur bei der allgemeinen

Finanzkrise. Die Bank sei völlig außer Kontrolle. Es wurden und werden immer noch Geschäfte getätigt, die höchst riskant sind.

Ich empfahl dem Ministerpräsidenten dringend, die aktuelle Bilanz und die aktuelle Gewinn- und Verlustrechnung der HSH genauestens zu überprüfen, bevor die von der Bank geforderten Kapitalmaßnahmen durch das Land Schleswig-Holstein mitbeschlossen würden.

Carstensen entgegnete mir, dass ihn meine Aussagen sehr überraschen würden und sagte zu, dass er mit Finanzminister Rainer Wiegard über das Thema sprechen würde. Allerdings ergänzte er: < Jetzt nach der Absage des Börsengangs müssen wir Kapital nachschießen, sonst kann die HSH nicht überleben. > Ich hielt entgegen: < Wenn der Markt den Börsengang nicht akzeptiert, dann hat das seine Gründe. Dann gelten dieselben Kriterien auch für die heutigen Besitzer der Bank. Ich warne deshalb vor einer Kapitalerhöhung, die sofort verbrannt werden könnte. >

Aus meiner Sicht wider besseren Wissens erklärte Finanzminister Wiegard am 23. April 2008 im Plenum des schleswig-holsteinischen Landtags folgendes zur geplanten Kapitalerhöhung und zur Dividendenfähigkeit der HSH Nordbank:

< (...) Was sind im Einzelnen die Gründe für die Entscheidung, den Börsengang zu verschieben? Da empfehle ich einfach, sich die derzeitige Kapitalmarktsituation anzusehen. (...) Aber wir müssen uns überhaupt nicht von dieser Bank trennen. Wissen Sie eigentlich nicht, was diese Bank für Schleswig-Holstein bedeutet? (...) Diese Bank ist gut aufgestellt. Insbesondere von den anderen Landesbanken erhalten wir allerbeste Noten für das Geschäftsmodell, das diese Bank vertritt. Sie hat auch in dieser Krise, die von außen eingetreten ist, im vergangenen Jahr durch den erwirtschafteten Gewinn alle Risiken auffangen können. Trotzdem macht sie einen Überschuss und trotzdem führt sie planmäßig - wie vorgesehen - die Dividende an das Land und die anderen Anteilseigner ab. (...) >

Ich war fassungslos, als ich einige Tage später Kenntnis von diesen Aussagen Wiegards im Landtag erhielt.

Am 09. Juli 2008 wurde ich zum Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein bestellt. Obgleich ich wusste, dass die HSH nicht zu meinem Ressort gehörte, war mir frühzeitig klar, dass ich mich mit dieser Thematik auch weiterhin intensiv befassen musste. Denn jetzt trug ich innerhalb der Landesregierung Mitverantwortung.

Mir wurde allerdings sehr schnell klar gemacht, dass das federführende Finanzministerium, und speziell der Finanzminister, an einer offenen konstruktiven Diskussion der HSH-Thematik überhaupt nicht interessiert waren. Jede Meinungsäußerung wurde als unerlaubte Einmischung gewertet.

Auch wurde sehr schnell deutlich, dass der Aufsichtsratsvorsitzende Peiner und der Hamburger Finanzsenator die HSH-Thematik dominierten. Schleswig-Holstein tat, was Peiner und Freytag initiierten. Dies war auch bei dem Einstieg der HSH im Herbst 2008 in das Konsortium Albert Ballin zur Rettung der Hapag Llyod der Fall. Die HSH musste einen hohen dreistelligen Millionen-Betrag einschießen, obwohl sie längst in einer Schieflage war.

Die Informationspolitik des Finanzministers war katastrophal. Dies wurde innerhalb der Landesregierung und auch im Parlament sehr häufig kritisiert. Ich führte dies auf ein hohes Maß an Inkompetenz und auf die Sorge, dass die katastrophalen Fehler der vergangenen Jahre zutage kommen könnten, zurück. Bereits zu diesem Zeitpunkt habe ich die Haltung von Carstensen nicht mehr verstanden, weil er kritiklos dem Finanzminister folgte und ihn unterstützte.

Am 26. September 2008 warnte ich anlässlich unseres Besuches auf der Fregatte Schleswig-Holstein den Ministerpräsidenten trotz allem nochmals mündlich vor den dramatischen Risiken aus der HSH. Auch diesmal geschah nichts.

Am Samstag, den 27. September 2008, machte Finanzminister Wiegard in den Lübecker Nachrichten eine an Zynismus kaum zu übertreffende Aussage: < Um den Anteil der WestLB haben sich vor Jahren ein halbes Dutzend international operierende Investmentgesellschaften gedrängelt. Spielend wären auch Hamburg und Schleswig-Holstein ihre Anteile losgeworden. >

Doch nicht nur Wiegard und der Bankvorstand trieben ihre Verschleierungstaktik. So ließ sogar noch am 03. November 2008 der Präsident des UVNord und das langjährige Aufsichtsratsmitglied der HSH, Prof. Driftmann, über seinen Hauptgeschäftsführer unter dem Titel < HSH Nordbank bleibt auf Kurs > folgendes veröffentlichen:

< (...) Allem Argwohn zum Trotz: Nach der heutigen außerordentlichen Aufsichtsratssitzung habe ich sehr wohl den Eindruck, dass die Bank nicht nur professionell geführt wird, sondern auch in Zukunft ein

verlässlicher Partner der norddeutschen Wirtschaft bleiben wird, so UVNord-Hauptgeschäftsführer Michael Fröhlich am Rande einer Sitzung seiner Organisation (...). >

In den Monaten nach Oktober 2008 war die HSH Nordbank ständig in den regionalen und überregionalen Medien und in der politischen Diskussion.

Es zeichnete sich immer deutlicher ab, dass die HSH durch gravierende Fehler des Managements und des Aufsichtsrates, die bereits vor der Finanzkrise stattgefunden hatten, jetzt in eine extreme Schieflage geraten war.

Im Oktober 2008, eigentlich schon sehr viel früher, hätte von der Landesregierung ein leistungsfähiges Krisenmanagement eingesetzt werden müssen.

Es hätte eine interministerielle Arbeitsgruppe mit den Schwerpunkten a) Risikominimierung und Sanierung der HSH und b) Sicherungskonzept für die schleswig-holsteinischen Sparkassen sein müssen.

Ich habe diese Vorschläge schriftlich und mündlich auch dem Ministerpräsidenten vorgetragen. Es geschah nichts. Solche Arbeitsgruppen wären für die Entscheidungsfindung der Landesregierung und schließlich auch des Landtages unverzichtbar gewesen. So musste sich die Landesregierung ausschließlich auf den Finanzminister und Prof. Nonnenmacher bzw. dessen Beraterstab verlassen.

Als Wirtschaftsminister und Mitglied der Landesregierung habe ich wiederholt auf die mir bekannten Risiken mündlich und schriftlich hingewiesen und habe auch konkrete Handlungsempfehlungen gegeben.

So schickte ich am 05. November 2008 über Maurus folgende Mail an Carstensen und Wiegard:

< (...) Bitte sehen Sie mir nach, dass ich die Vorstellung des HSH-Nordbank-Vorstandsvorsitzenden in Anbetracht der gefährlichen Situation als unverantwortlich bezeichnen muss. Mir erschien es, dass der Vorstandsvorsitzende das Kabinett als Versammlung von Unwissenden einschätzte. (...) Ich hätte zumindest klare Erläuterungen zur Entwicklung der Bilanz und der G+V anhand von Datenblättern erwartet. Immerhin ist das Geschäftsergebnis per 30. September 2008

im Vergleich zum Geschäftsjahr 2006 um über 1 Mrd. € (!) rückläufig. (...) Ich stehe nach der Kabinettsitzung unter dem starken Eindruck, dass die Regierung Schleswig-Holsteins im Wissen und Verständnis über die wahre Situation der HSH-Nordbank bewusst knapp gehalten werden sollte. Die Strategie des Vorstandsvorsitzenden beruht wohl darauf, ohne detaillierte Diskussion für die immer wieder artikulierte Kapitalerhöhung die Genehmigung zu erhalten. Ich möchte nicht in die Rolle eines HSH-Organs hineingeraten, aber meine Stimme im Kabinett wird es dazu nur dann geben, wenn ich über nachvollziehbare und plausible Informationen über die tatsächliche Situation der Bank verfüge. (...) >

Keine der von mir in den Folgemonaten schriftlich vorgelegten Einlassungen zur Finanzsituation der HSH ist vom Ministerpräsidenten, Finanzminister bzw. von der HSH Nordbank hinreichend beantwortet worden. Ich habe hierüber exakt Protokoll geführt und kann dies nachweisen. Alleine im Zeitraum Oktober 2008 bis März 2009 habe ich insgesamt 25 schriftliche Eingaben gemacht bzw. Anfragen gestellt, die allesamt nicht (Finanzthemen) – oder nur unzureichend beantwortet blieben.

Geradezu fahrlässig war, dass es zu keinem Zeitpunkt weder innerhalb der Landesregierung oder noch bilateral zwischen dem Finanz- und dem Wirtschaftsminister eine umfassende Erörterung der bestehenden Situation bzw. über die geplante Sanierung gegeben hat. Ich hatte dies mehrfach gefordert. Die wiederholt von Carstensen und Wiegard gemachten Aussagen, man hätte mit mir intensiv die HSH-Themen besprochen, sind schlichtweg falsch und frei erfunden.

Die Behandlung der gesamten HSH-Problematik durch das Finanzministerium, bei voller Unterstützung durch den Ministerpräsidenten, kann ich auch aus der Rückschau nur als skandalös und fahrlässig bezeichnen. Das System war immer dasselbe:

- Möglichst langes Vertuschen bzw. Bestreiten von zum Teil längst bekannten Tatsachen, häufig unter Vorschieben des Bankgeheimnisses.
- Aufbau von Handlungsdruck mit der Androhung, dass sonst schwerwiegende Konsequenzen eintreten würden.
- Entscheidung selbst existenzieller Fragestellungen unter höchstem Zeitdruck und unter rechtlich/aktienrechtlich z.T. sehr fragwürdigen Bedingungen, auch am Kabinett vorbei.

Dieses Vorgehensmuster wurde m.E. gewählt, um eine angemessene inhaltliche Information und Diskussion zu verhindern. Denn die

Diskussion und die Analyse dieser Themen hätten die Versäumnisse und groben Fehler der Landesregierung, des Aufsichtsrats und des Vorstands in der Vergangenheit, insbesondere bereits vor der Finanzkrise, und damit auch die Verantwortlichkeit aufgedeckt.

Ich will Ihnen dies anhand einiger Beispiele aufzeigen, die ich für besonders wichtig halte:

Erstes Beispiel: Bestellung von Prof. Nonnenmacher

Prof. Nonnenmacher wurde ohne Not und auch sachlich nicht begründbar am 16. November 2008 zum Vorstandsvorsitzenden bestellt. Es hätte auch andere personelle Möglichkeiten gegeben.

Ich habe der Bestellung nicht zugestimmt, weil Carstensen, Peiner, Wiegard und Nonnenmacher meine folgende Erklärung nicht akzeptieren wollten:

< Ich stimme dem Beschlussvorschlag der Kabinettsvorlage Nr. 247/2008 „HSH Nordbank AG; hier: Abberufung des Vorstandsvorsitzenden und Mitglieds des Vorstands sowie Neuberufung eines Vorstandsvorsitzenden“ zu.

Die Zustimmung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der neu zu berufende Vorstandsvorsitzende, Prof. Dr. Dirk Jens Nonnenmacher, eine Erklärung abgibt, dass er seit seiner Bestellung zum Vorstandsmitglied (Chief Financial Officer) der HSH Nordbank am 01. Oktober 2007 Geschäfte, die gemessen am üblichen und typischen Geschäft einer Landesbank ein außergewöhnliches Bilanz- und/oder Ergebnisrisiko beinhalten und/oder zu der aktuellen schwierigen Lage der HSH beigetragen haben, weder initiiert, aktiv getätigt und beauftragt noch davon Kenntnis erhalten hat. >

Nächstes Beispiel : Liquiditätsverlust der HSH

Am Freitag, den 21. November 2008, wurde gegen 13.00 Uhr, d.h. sehr kurzfristig, zu einem Kabinettsgespräch um 16.30 Uhr in das Finanzministerium eingeladen. Finanzminister Wiegard berichtete: < Die HSH Nordbank hat innerhalb von wenigen Wochen ihre Liquidität vollständig aufgebraucht. Noch am 30. August 2008 hat die Liquidität bei 22 Mrd. € gelegen und ist gegen Ende September 2008 bereits auf unter 10 Mrd. € gefallen. Der Bank droht jetzt die Schließung. >

Unter den Sitzungsteilnehmern herrschte nach dieser Erklärung des Finanzministers helle Aufregung, denn über diese existenzbedrohende Liquiditätsentwicklung hatte der Vorstandsvorsitzende Berger im Kabinett am 04. November 2008 kein Wort erwähnt, obwohl ihm das bekannt gewesen sein musste.

Ich fragte nach, ob es stimmen würde, dass von Seiten der BaFin seit Wochen eine Auflage bestände, dass die Bank täglich ihre Liquidität an die Bankenaufsicht melden müsse. Die heutige Information käme damit viel zu spät. Darauf gab es weder von Carstensen noch von Wiegard eine Antwort. Wiegard erklärte weiter: < Die Bank ist in einer bedrohlichen Situation. Wir müssen uns heute Abend noch mit Hamburg, d.h. mit Senator Freytag, abstimmen und mit dem SoFFin sprechen. Wir müssen den SoFFin dazu bewegen, dass er staatliche Liquiditätsgarantien in Höhe von bis zu 30 Mrd. € sofort bereitstellt. Die Anteilseigner müssen sich dann im Gegenzug verpflichten, für eine angemessene Eigenkapitalausstattung der Bank zu sorgen. In den nächsten Wochen müssen wir dann über die konkrete Ausgestaltung beraten. >

Ich konnte diese Überrumpelung so nicht hinnehmen und erklärte: < Ich halte diese Informationspolitik für einen Skandal. Die Liquiditätsenge war bereits seit Monaten vorhersehbar. Wir brauchen jetzt die Vorlage belastbarer Finanzdaten, damit wir eine vernünftige Entscheidung treffen können. (...) Es ist ein schwerer Fehler, die HSH nicht direkt dem SoFFin zu unterstellen. (...) Ich plädiere nochmals dafür, den SoFFin um Unterstützung zu bitten und die Bank unter das Regime des Bundes zu stellen. > Mit dieser Äußerung fand ich große Zustimmung in der Runde, außer bei Carstensen und Wiegard.

Wenige Tage später wurde klar, dass Carstensen und Wiegard erneut am Kabinett vorbei entschieden hatten: Die Anteilseigner verpflichten sich im Gegenzug gegenüber dem SoFFin, für eine angemessene Eigenkapitalausstattung der Bank zu sorgen. Die Kernkapitalquote soll auf mindestens 8 Prozent von derzeit 7,1 Prozent erhöht werden.

Nach meiner Auffassung hätte diese Zusage nicht ohne einen Kabinettsbeschluss, wenn nicht sogar ohne einen Parlamentsbeschluss getroffen werden dürfen.

Nächstes Beispiel : Sonderausschüttung an Stille Einleger

Am 12. Dezember 2008 lud Finanzminister Wiegard erneut mit einer

Vorlaufzeit von nur wenigen Stunden zu einer Kabinettsrunde ein. Wiegard führte aus: < Für das Geschäftsjahr 2008 wird seitens der HSH Nordbank ein erheblicher Jahresfehlbetrag prognostiziert. (...) Und es besteht die Gefahr, dass die stillen Einleger ihre sämtlichen Mittel aus der Bank herausziehen werden. Wir schlagen daher eine Ausschüttung in Höhe 64 Mio. € an stille Einleger vor, um diesen Kapitalabzug zu verhindern. Hierüber muss das Kabinett in vier Tagen am 16. Dezember entscheiden. > Dies schlug in der Runde wie eine Bombe ein. < Wie hoch wird der Verlust denn ausfallen und welche Folgen hat dies für die Bilanzstruktur? Wodurch ist die neue Situation verursacht? >, wollte nicht nur ich wissen.

Carstensen und Wiegard wehrten alle tiefergehenden Fragen fast brutal ab: < Der Vorstand und auch der Aufsichtsrat der Bank schlagen für bestimmte stille Einlagen eine Sonderzahlung in Höhe 64 Mio. € vor. (...) Eine rechtliche Überprüfung durch Freshfields hat die Zulässigkeit dieser vorgeschlagenen Maßnahme bereits bestätigt. Freshfields hat hierzu ein Gutachten verfasst. >

Ich äußerte stärkste aktienrechtliche Bedenken und forderte daher Einblick in das Freshfields-Gutachten. < Das Gutachten dürfen Sie nicht einsehen, da es vertrauliche Bankinformationen enthält. Es liegt uns vor und wir haben dieses im Finanzministerium geprüft. >, entgegneten Wiegard und dessen Staatssekretär Wulff. Ich erklärte daraufhin, dass ich der kurzfristig vorgesehenen Kabinettsvorlage nicht zustimmen würde.

Nächstes Beispiel: Sanierungskonzept für die HSH Nordbank

Am Freitag, den 13. Februar 2009, fand eine gemeinsame Sitzung von Vertretern der SH-Landesregierung und des Senats von Hamburg in der Hamburger Niederlassung der HSH Nordbank statt. Prof. Nonnenmacher erläuterte anhand einer oberflächlichen Powerpoint-Präsentation die strategische Neuausrichtung der HSH Nordbank. Im Rahmen dieser Präsentation gab er den Jahresverlust der Bank für 2008 in Höhe 2,8 Mrd. € (bzw. 3,4 Mrd. € nach HGB) bekannt. Einzelheiten zur vorläufigen Bilanz wurden nicht bekannt gegeben.

Es war unfassbar, dass Nonnenmacher schließlich anhand einer primitiven Graphik von den beiden Ländern 3 Mrd. € frisches Kapital und weitere 10 Mrd. € weitere Garantien, insgesamt also 13 Mrd. €, haben wollte.

Prof. Nonnemacher erklärte, dass sein sogenanntes Sanierungs-

Konzept alternativlos sei.

Eine analytische Diskussion der Präsentation fand praktisch nicht statt, da die Diskussionsleiter Ole von Beust bzw. Peter Harry Carstensen dies nicht zuließen.

Wiegard und Freytag erklärten, dass das Konzept schlüssig und alternativlos sei und zur Vermeidung einer Schließung der HSH durch die BaFin bis zum 24. Februar 2009, d.h. innerhalb von 11 Tagen, entschieden werden müsse.

Auf meine Nachfrage erklärte Frau Dr. Roggenkamp vom Kieler Finanzministerium, dass die von Prof. Nonnenmacher vorgestellten Unterlagen bereits seit Wochen fertig gewesen seien. Im Klartext bedeutete dies, dass die Landesregierung durch den Finanzminister erneut unter einen unverantwortbaren Entscheidungsdruck gesetzt werden sollte.

Im Anschluss an die Sitzung erklärte ich gegenüber Carstensen und dem Finanzminister Wiegard, dass die Präsentationsvorlage bei weitem nicht ausreichen würde, um in Anbetracht der hohen Risiken für Schleswig-Holstein sachgerecht über die sehr hohe Kapitalanforderung der HSH zu entscheiden.

Finanzminister Wiegard sicherte deshalb ausdrücklich zu, dass weitergehende Fragen umgehend vorgelegt werden sollten und dass diese dann umfassend und sofort beantwortet würden. Erneut eine Hinhaltenaktik wie sich eine Woche später zeigen sollte.

Am Donnerstag, den 19. Februar 2009, habe ich absprachegemäß einen umfassenden Analysen- /Fragenkatalog zum Sanierungskonzept der HSH bei Carstensen, Maurus und Wiegard vorgelegt.

Das Finanzministerium teilte schließlich am 20. Februar um 13.00 Uhr mit, dass mein Fragenkatalog im Anschluss an die Sondersitzung des Kabinetts am 21. Februar im Kieler Kaufmann besprochen würde.

Außer mir durfte aus dem Wirtschaftsministerium nur der Staatssekretär Jost de Jager teilnehmen.

Am nächsten Tag (Samstag, den 21. Februar 2009) fand um 10.00 Uhr die Sondersitzung des schleswig-holsteinischen Kabinetts im Kieler Kaufmann statt. Es ging im Wesentlichen um den Entwurf der Kabinettsvorlage für die Zustimmung zum Sanierungskonzept der HSH

am 24. Februar 2009. Die Sitzung endete gegen 13.00 Uhr.

Danach sollte im kleineren Kreis die Behandlung meines Fragenkatalogs erfolgen. Zu Beginn des Gespräches erklärten Prof. Nonnenmacher und Finanzminister Wiegard überraschend, dass der von mir eingereichte Fragenkatalog vom 19. Februar nicht beantwortet werden dürfte. Es würde sich um Bankgeheimnisse handeln, die auf Anweisung des Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Peiner nicht weitergegeben werden dürften.

Ich protestierte und erklärte mein Unverständnis bezüglich dieser nicht nachvollziehbaren Entscheidung. Immerhin sei ich Mitglied der Landesregierung und in weniger als 3 Tagen sollte ich eine schwerwiegende Entscheidung zur Rettung der HSH mittragen.

Ich habe deshalb am Montag, den 23. Februar 2009, d.h. einen Tag vor der Regierungsentscheidung an Finanzminister Wiegard um 08.30 Uhr folgendes Schreiben geschickt:

< (...) seit dem 13. Februar 2009 liegt mir eine Präsentation des HSH-Vorstands über die geplante Neuausrichtung der Bank vor. Durch mündlichen und schriftlichen Vortrag habe ich wiederholt deutlich gemacht, dass diese Präsentation für

- die Beurteilung der Geschäftsentwicklung der HSH ab 2009,
- die Verifizierung der realistischen Drohverluste in der Zukunft,
- die Verifizierung des tatsächliche erforderlichen Kapital- und Garantiebetrages

nicht ausreichend ist und bei weitem einer für derartige Zwecke üblichen Unterlage nicht entspricht. Ich habe dies begründet und am 19. Februar 2009 einen Fragenkatalog mit Mindestanforderungen vorgelegt. Ursprünglich war vorgesehen, dass mir die geforderten Zusatzinformationen am Samstag, den 21. Februar 2009, zur Verfügung gestellt würden. Dies ist leider nicht erfolgt, da der Vorstandsvorsitzende Prof. Nonnenmacher rechtliche Bedenken vorgetragen hat und erklärte, dass er als HSH-Vorstand vertrauliche Bankdaten nicht weitergeben dürfte.

Ich bin mir sicher, dass eine objektive Überprüfung diese Auffassung – vor allem im Hinblick auf die Größenordnung der Kapitalmaßnahme – nicht bestätigen wird. (...) Mit Rücksicht auf die morgen stattfindende Kabinettsentscheidung darf ich Sie freundlich bitten, mich darüber zu informieren, ob ich im Laufe des heutigen Tages mit der Bereitstellung

der Zusatzinformationen rechnen kann. >

Was folgte war eine Posse, in Wahrheit ein Skandal:

Anruf des Aufsichtsratsvorsitzenden der HSH Nordbank (Dr. Wolfgang Peiner) bei mir um 09.30 Uhr: Herr Peiner teilte mir telefonisch mit, dass Prof. Nonnenmacher ab dem frühen Nachmittag zur Beantwortung des Fragenkatalogs vom 19. Februar zur Verfügung stehen würde.

Anruf von Prof. Nonnenmacher (HSH Nordbank) in meinem Ministerbüro um 12.00 Uhr: Prof. Nonnemacher ließ mir mitteilen, dass er für die Beantwortung der Fragen erst ab 19.00 Uhr Zeit hätte, allerdings nur in Hamburg.

Anruf des Chefs der Staatskanzlei, Heinz Maurus, bei mir um 17.00 Uhr :

Maurus drängte mich, meine Bedenken gegen das HSH-Konzept aufzugeben und der Kabinettsvorlage am 24. Februar 2009 zuzustimmen. Die Landesregierung würde sonst in erhebliche Schwierigkeiten geraten. Sonst müsste das Treffen mit dem Hamburger Senat am Dienstag, den 24. Februar (10.00 Uhr), abgesagt werden. Dies wäre für die SH-Landesregierung eine riesige Blamage. Als Wirtschaftsminister müsste ich jetzt auch Solidarität gegenüber Carstensen und dem Finanzminister zeigen.

Ich entgegnete, dass ich mich nicht unter politischen Druck setzen ließe. Auch würde ich das trickreiche und verschleierte Spiel des Finanzministers und des HSH-Vorstands, wahrscheinlich gesteuert durch Peiner und Freytag, nicht mehr akzeptieren.

Es war ein schwerer Fehler von mir, dass ich schließlich das Gespräch mit Nonnenmacher am späten Montagabend in Hamburg gemeinsam mit meinem Abteilungsleiter Dr. Haass ab 19.00 Uhr geführt habe. Ich lieferte damit für Wiegand und andere die Alibi-Antwort, dass ich von Prof. Nonnemacher informiert worden sei. Schon wegen der Zeitknappheit musste das Gespräch oberflächlich bleiben und meine Fragen wurden zu großen Teilen nicht beantwortet.

Am nächsten Tag (24. Februar 2009) beschlossen beide Landesregierungen gemeinsam die von der HSH Nordbank beantragten Kapitalmaßnahmen. In der vorgeschalteten Kabinettsitzung habe ich meinen Protest nochmals ausdrücklich mitgeteilt.

Dies waren einige Beispiele, die ich noch um eine Vielzahl ergänzen

könnte.

Aus heutiger Sicht hätte ich bereits am 23. Februar 2009 und nicht erst am 29. März 2009 mein Amt niederlegen sollen. Ich beugte mich dann aber der Staatsräson und wollte die Landesregierung in dieser Phase nicht weiter schwächen.

Ich habe meine Bedenken auch danach klar und schriftlich geäußert und hoffte zumindest bei Carstensen vor der endgültigen Parlamentsentscheidung Ende März auf ein Umdenken.

Auch hatte ich die Unterstützung vieler Abgeordneter und wusste, dass das Vertrauen in die Hauptakteure Wiegard und Nonnenmacher schwand.

Deshalb habe ich weiter wichtige Fragen und Hinweise an den Ministerpräsidenten und an den Finanzminister gerichtet. Ich wollte alles tun, um das erkennbare Desaster zu verhindern und mit zu helfen, dass das Parlament auf einer ordentlichen Informationsgrundlage entscheiden konnte.

Es wurde ein unglaublicher Druck von Carstensen und Wiegard aufgebaut, um die Sache schnell auch beim Parlament durchzuwinken.

Am 18. März 2009, d.h. am Abend vor meiner Anhörung im Finanzausschuss, setzte mich Carstensen durch einen Telefonanruf aus dem Auto – Carstensen war auf dem Weg von Berlin nach Kiel – massiv unter Druck. Carstensen erklärte, dass er von mir vor dem Finanzausschuss am 19. März 2009 eine positive Aussage zum Regierungsbeschluss vom 24. Februar 2009 erwarten würde. Er sagte dabei wörtlich: < Wenn Sie sich morgen nicht klar hinter die Position der Landesregierung stellen, kann ich nicht länger mit Ihnen zusammenarbeiten. Und lassen Sie sich nicht vom Geschwätz aus dem Kreis der CDU-Fraktion irritieren. Das sind Leute, die ihre Hausaufgaben in ihrer Schlosserei oder ihrem Elektrogeschäft nicht hinkriegen, die aber hier große Finanzwelt spielen wollen. >

Letztendlich hat das Parlament Anfang April 2009 dem Sanierungskonzept der HSH zugestimmt. Ich bin fest davon überzeugt, dass dieses Sanierungskonzept auch heute nicht einer fachlichen Überprüfung stand halten würde. Den Parlamentariern ist wegen der Komplexität der Thematik kaum ein Vorwurf zu machen. Sie haben sich letztlich leiten lassen von dem erzeugten Zeitdruck und von den zweifelhaften Aussagen des Ministerpräsidenten und des

Finanzministers.

Maßgeblich waren sicherlich auch die Befürwortungen der Herren Rehm und Sanyo am 19. März 2009 im Finanzausschuss. Sie hatten das Konzept für tragfähig erklärt. Ob diese Aussage wahrhaftig war, bleibt anzuzweifeln. Denn nur wenige Monate später hat Herr Rehm vor dem Kreis der Hamburger Wirtschaftsjournalisten eine völlig konträre Aussage getroffen.

Zusammenfassend ist aus meiner Sicht festzuhalten:

- Die wahren Ursachen für den Zusammenbruch der HSH liegen in strategischen Fehlentscheidungen der Politik - bereits vor der Finanzkrise 2008.
- Die Finanzkrise war lediglich der Beschleuniger dieser Probleme.
- Die Politik versucht, die Finanzkrise als Alibi für ihre früheren Fehlentscheidungen vorzuschieben.
- Durch Vertuschen und Verheimlichen sollten die wahren Verantwortlichkeiten verschleiert werden.

Für all das wurde in Kauf genommen, dass das Land Schleswig-Holstein, und damit die Bürgerinnen und Bürger, für ein nicht kalkulierbares und wirtschaftlich nicht tragbares Risiko in Haft genommen werden.